

a/a

p. B. 15.50.4. A.

Mitteilungen für die Presse



Bundespräsidialamt

17. Januar 1990

S p e r r f r i s t : 17. Januar 1990, 18.15 Uhr

A n s p r a c h e

von Bundespräsident Richard von Weizsäcker
 im Rahmen der Jahresvorlesung der Gesell-
 schaft ehemaliger Studierender der Eidge-
 nössischen Technischen Hochschule Zürich
 zum Thema: "Europäische Tugenden in einer
 Zeit des Umbruchs" am 17. Januar 1990 in
 Zürich

-.-.-

Achtung Redaktionen:

Änderungen vorbehalten. Es gilt das gesprochene Wort.

Kopie an:

BRF ✓

JAC ✓

SIN ✓

DY ✓

(SRA) ✓



"Europäische Tugenden in einer Zeit des Umbruchs"

8. Vorlesung der Gesellschaft ehemaliger Studierender
der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich -
gehalten vom Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Richard von Weizsäcker
am 17. Januar 1990

Das 20. Jahrhundert werde als das amerikanische in die Weltgeschichte eingehen, so lautet das allgemeine Urteil. Und wie wird es zu Ende gehen? Wird es dieselbe Tendenz an das neue Jahrhundert weitergeben? Welche Rolle wird Europa spielen, für sich selbst und für die Welt?

Es ist schon ziemlich lange her, daß der europäischen Staatenwelt vorhergesagt wurde, bald werde sie nicht mehr fähig sein, ihre Geschichte aus eigener Kraft zu bestimmen. In diesem Sinne äußerten sich Alexis de Tocqueville und der Spanier Donoso Cortes bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ihre Aussagen wurden damals rasch berühmt.

Über hundert Jahre später, als die Völker Europas in der Mitte dieses Jahrhunderts Inventur ihrer Lage machen mußten, schienen die düsteren Vorhersagen sich vollkommen bewahrheitet zu haben. Max Ernst hat diesen Augenblick - in einem großen Gemälde festgehalten - "Europa nach dem Regen" genannt: Ein zu Boden geschlagener Kontinent verzehrt sich am Rande des Untergangs nach einem kümmerlichen Sonnenstrahl auf seine vor Kälte erstarrte Blöße. In weiten Teilen Europas sah es schlecht genug aus. Abgekehrt von den eigenen Lehren der Vernunft und Sitte, in seinen nachbarlichen Empfindungen durch einen verhängnisvollen Nationalismus irregeleitet, von kabinettspolitischen Blindheit geschlagen, durch zwei Weltkriege entscheidend geschwächt, gezeichnet von der Hitler-Diktatur und vom Stalinismus begann Europa seine Nachkriegszeit geteilt und fremdbestimmt als Objekt der Weltmächte. Das Ende der alten europäischen Geschichte hatte seinen Namen: Jalta.

Inzwischen ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen. Die Geschichte geht weiter. Endgültige Lösungen bietet sie nicht. Aus alten Wurzeln bricht neues Leben. Die Mächtigen müssen teilen lernen, und früher unbekannte, größere Aufgaben nötigen zur Zusammenarbeit.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die USA die Vormachtstellung in der Welt errungen. Sie besaßen die eindeutige militärische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber allen anderen. Sie waren die Anführer des demokratischen Freiheitsgedankens.

Davon hat sich vieles erhalten, aber nicht alles. Geblieben ist, woran zweihundert Jahre nach der Französischen Revolution

zu erinnern lohnt, die wohltuende Dominanz des amerikanischen Verständnisses von pluralistischer Demokratie. Die amerikanische Auffassung orientiert sich an den universalen Menschenrechten, aber nicht an Rousseaus Lehre von einer zwingenden Moral allgemeingültiger Ziele, sondern durchaus nüchtern am Wesen des Menschen, so wie er ist. Auch wenn sie vom gleichen Glücksanspruch für alle Menschen ausgeht, so erlaubt sie doch jedem, seinem privaten Vorteil nachzugehen. Der Sitz der Moral sind die Umgangsformen, die die Verfolgung der eigenen Interessen gemeinwohlverträglich machen, und die Verhaltensregeln und Institutionen, die dies gewährleisten, dagegen nicht eine vorgeschriebene staatliche Zielsetzung. Denn in jeder Gesellschaft findet sich eine Pluralität von Interessen, und keine Staatsmoral kann sie aufheben, es sei denn mit einem autoritären kollektiven Moralmonopol. Aus europäischen Wurzeln der Aufklärung und amerikanischer Verfassungspraxis sind hier eine zusammengehörige Geistesgeschichte und Wertegemeinschaft entstanden, die im Lichte heutiger und künftiger Reformprozesse nicht nur in Europa von großer politischer Bedeutung bleiben. Überdies würde das Ansehen der Amerikaner gewiß davon profitieren, wenn sie diese ihre guten innergesellschaftlichen Maximen demnächst auch in ihrem außenpolitischen Verhältnis zu den zentral- und südamerikanischen Staaten stärker zur Geltung kommen ließen.

Im Bereich der Wissenschaft und Forschung haben die Amerikaner auch heute weltweit eine Spitzenstellung, wenngleich weniger eindeutig als vor ein paar Jahrzehnten. Militärisch hat die Sowjetunion annähernd gleichgezogen.

Die machtpolitische Bedeutung der Waffensysteme tritt aber hinter dem Gewicht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurück. Hier vollziehen sich grundsätzliche Veränderungen. 1945 waren die USA mit ca. 45 Prozent am Weltbruttosozialprodukt beteiligt. Gegenwärtig sind es noch ungefähr 25 Prozent. Amerikaner konsumieren mehr und sparen und investieren weniger als die anderen großen Wirtschaftsgesellschaften. Aktiv beteiligen sich die Vereinigten Staaten an den Transaktionen der Weltmärkte mehr mit Geldgeschäften als mit Waren und Dienstleistungen. Trotz ihres prozentual stark verminderten Anteils am gewaltig gewachsenen Welthandel ist es den Amerikanern dennoch gelungen, die Vorherrschaft des Dollars aufrechtzuerhalten. Die unterschiedlichsten Phasen der Währungsgeschichte haben dazu beigetragen oder wenigstens nichts daran geändert, vom Bretton-Woods-System des Jahres 1944 über die flexiblen Wechselkurse aus der Ära Nixon, die späteren Zinssteigerungen im Rahmen der Stabilisierungskrise des Dollars bis zur folgenden Politik des Haushaltsdefizits, des bisher größten in der Weltgeschichte. Welch eine absurde Situation, in der das reichste Land der Welt derzeit eine Kapital- und Kreditzufuhr von jährlich 130 Milliarden Dollars braucht. Das entspricht ungefähr der Summe der Überschüsse, die von Japan und der Bundesrepublik Deutschland zusammen erzielt werden.

Insgesamt ergibt sich also ein widersprüchliches Bild. Die Amerikaner sind nach wie vor die Stärksten, aber außerhalb ihrer eigenen Region nicht mehr die Hegemonialmacht. Ihr Jahrhundert geht dem Ende entgegen. Die Weltordnung ist in Bewegung, und was sie für das neue Jahrhundert hervorbringt, bleibt offen.

Dies gilt insbesondere für unseren Kontinent. Wir kennen das Europa noch nicht, das in diesen Jahrzehnten entsteht. Wird es bei allen Gegensätzen untereinander in den Augen der Welt ein Europa werden? Wird es ein Wirtschaftsraum? Welchen Nutzen wird es aus seiner kulturellen Vielfalt und Einheit ziehen können? Mit welchen politischen Interessen wird es vor die Welt treten? Zu welchen geistigen Impulsen und globalen Perspektiven wird es vordringen? Welchen Beitrag zur Erkenntnis und Lösung der Weltprobleme wird es leisten?

Immer wieder kommt zum Vorschein, was die Europäer über alle tiefen Konflikte hinweg miteinander verbindet. "No European can be a complete exile in any part of Europe", so sagte es Edmund Burke vor zweihundert Jahren. Europäisch war im vergangenen Jubiläumsjahr die Erinnerung an die Französische Revolution. Was damals von Frankreich ausging, hat seine Bedeutung nirgends verloren. Deshalb begreifen Europäer überall die friedlichen demokratischen Umwälzungen des Jahres 1989 in Warschau und Budapest, in Leipzig und Prag als Teil ihres eigenen Schicksals. Die Idee der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte macht alle zu Beteiligten.

Der relativ enge Raum hat in Europa niemals ein gleichgültiges, voneinander abgewandtes Nebeneinanderleben geduldet. Stets waren seine Völker vom dialektischen Konflikt zwischen Gegensatz und Gemeinsamkeit, Differenzierung und Vereinheitlichung geprägt. Aus ihm sind Leistungen und Leiden europäischer Geschichte hervorgegangen. Nach den zerstörerischen Kriegen dieses Jahrhunderts entwickelte sich stärker als je zuvor die Einsicht, aufeinander angewiesen zu sein. Churchill hat es vor dreiundvierzig Jahren hier in Zürich mit Großmut und Weitsicht zum Ausdruck gebracht.

Die politische Teilung im Kalten Krieg und die noch vorherrschenden gegensätzlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme haben den Weg zueinander beinahe verbaut, aber doch nicht völlig verschüttet. Es entstanden zunächst der Europarat, später die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Freihandelszone und schließlich die hochbedeutsame Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE. Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, so sagte Schewardnadse mit Recht vor ein paar Wochen im Europaparlament, "daß das in Blöcke und Militärallianzen aufgeteilte Europa die politisch integrierte Region der Welt ist". Er sprach von den werdenden "Elementen eines einheitlichen europäischen Rechtsraums".

In der Tat, wir alle sind an die Schlußakte von Helsinki gebunden. Sie wurde zur wichtigsten Ermutigung der Völker und zur Bündelung ihrer gemeinsamen Ziele. Die Freizügigkeit für Menschen, Gedanken und Informationen gewann Raum. Die geistige und technische Kommunikation wirkte sich in wachsendem Maße aus. Die Repressionsmittel der Staaten wurden allmählich stumpf. Alte Methoden der Indoktrinierung und Unterdrückung verloren an Wirksamkeit. Der Einsatz von Gewalt gegen die Bevölkerung wurde immer sinnloser. Die Menschen ließen sich nicht mehr einschüchtern. Sie legten die Angst ab und kämpften ebenso friedlich wie mutig für Recht und Würde des einzelnen. Kerzen zu Füßen der Polizei symbolisieren ein neues Kapitel der europäischen Geschichte.

Neben der eigenen inneren Kraft der Schlußakte, vor allem ihres Korbes III, wurde die Perestroika von Gorbatschow zur entscheidenden Voraussetzung für die friedlichen demokratischen Revolutionen. Eine Fortsetzung des Kurses der Breschnew-Ära, also bürokratische Zentralverwaltungswirtschaft gepaart mit völlig überproportionierten Rüstungsausgaben, erwies sich je länger desto klarer als Sackgasse. Dieser Kurs untergrub Schritt für Schritt die sowjetische Weltmachtstellung. Die Einsicht in die relativ verminderte Bedeutung des Militärischen und die unausweichlich gewordene Kapitulation der sowjetischen Planwirtschaft vor dem Markt haben zur Moskauer Reform von oben geführt. Die Sowjetunion muß den Anschluß an das wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Niveau der westlichen Welt finden. Das ist nur auf dem Weg einer Öffnung ihrer eigenen Gesellschaft möglich. Fähigkeit und Wille des einzelnen gilt es zu mobilisieren. Erst wenn er in seinen Interessen ernst genommen und in seinen Rechten geschützt wird, ist er zu wirklichen Leistungen bereit. Es muß sich für ihn auch lohnen: Ohne Preis keinen Fleiß.

Der Weg ist weit und steinig. Weniger Kommandowirtschaft und mehr politische Freiheit hängen untrennbar zusammen. Ständig wachsende Risiken für die zentrale Führung eines großen und äußerst heterogenen Imperiums sind die Folge. Die Breschnew-Doktrin hat Moskau mittlerweile preisgeben müssen. Eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in den verbündeten Ländern, die am Ende des Zweiten Weltkriegs unter Moskaus Vorherrschaft gekommen waren, wird nicht mehr mit Gewalt verhindert. Damit war die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der friedlichen Revolution in den Staaten des Warschauer Paktes geschaffen.

Und wie wird es mit der Freiheit in den eigenen Republiken der Sowjetunion, am Ende mit der Freiheit zur Sezession? Jeder sieht die Konflikte, niemand weiß die Lösung. Erkennbar aber sind Grundtendenzen, die sich kaum verändern dürften. Das eine ist der fortdauernde, sich zunehmend verschärfende, global wirksame Modernisierungsdruck im technischen Zeitalter mit

seinen ökonomischen, ökologischen und demographischen Schwerpunkten. Er wird sich, soweit europäisches Selbstverständnis reicht, einer übermächtigen Wiederbelebung alter, tief verwurzelter, nationaler Gegensätze und Minderheitenprobleme widersetzen.

Das andere ist das bei den Russen traditionell angesiedelte Sicherheitsbedürfnis. Sie sind eine kontinentale Großmacht mit unermeßlich langen Grenzen und zahllosen Nachbarn. Schwere Verluste in Kriegen auf eigenem Boden und neu errungener Einfluß in diesem Jahrhundert nach fast allen Himmelsrichtungen haben Moskau inzwischen eine Politik der Sicherheit und Stabilität nahegelegt. Im Gewaltverzichtvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland wurde hierzu schon ein symptomatischer Schritt getan. Der Korb I der KSZE-Schlußakte bedeutete für die Sowjetunion die Multilateralisierung dieses Moskauer Vertrages. Die Sicherheitsinteressen der Sojetunion werden sich in Zukunft nicht auflösen. Darüber möge sich niemand täuschen.

Damit ist jedoch keine Fortdauer exorbitanter Rüstungsausgaben gemeint. Wenn sich diese unverantwortliche, auch machtpolitisch immer sinnlosere Kräftevergeudung nicht allseits radikal ändert, hat die Perestroika keine Chance. Niemand sagt es deutlicher und belegt es überzeugender mit Daten als Gorbatschow selbst. Das Wirksamste, was der Westen zum Gelingen des Moskauer Reformprozesses zur Zeit beitragen kann, sind große, rasche und ernsthafte Abrüstungsschritte. Die beiden bündnisführenden Großmächte haben heute aus unterschiedlichen Gründen ein übereinstimmendes Interesse, auf diesem Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung mit kooperativen Elementen zu kommen. Unter ihrer Beteiligung kann sich zwischen NATO und Warschauer Pakt ein System entwickeln, das die Aufgaben einer Sicherheitsglocke übernimmt, unter der wir Europäer eine Umdisposition unserer Talente und Mittel in produktivere und dringlichere Aufgaben vornehmen können. Das kann ein Kapitel unserer Geschichte eröffnen, in dem wir zusammenwachsen.

Dazu müssen und können wir im Westen unseres Kontinents Entscheidendes beitragen. Auch wir stehen seit Jahr und Tag unter dem globalen Modernisierungsdruck. Holpernd und stolpernd, aber deutlich spürbar, kommen wir vorwärts. Zunehmend erfolgt dies in überstaatlichen Gemeinschaften mit wirtschaftlich geprägten Namen: Gemeinsamer Markt, Freihandelszone. Das Wachstum der Märkte und Probleme vollzieht sich über nationale und kontinentale Grenzen hinweg. Wollen die Industriestaaten Europas einen erfolgsversprechenden Weg der Zusammenarbeit gehen, dann werden sie um ein erkleckliches Maß seiner Institutionalisierung nicht herumkommen. Wirtschaftliche Leistungskraft und umfassende Umweltpolitik, Telekommunikation, Freizügigkeit und soziale Ordnung tragen dazu bei, daß die Lebensverhältnisse unserer Gesellschaften sich immer schneller einander annähern. Die internationalen Beziehungen bleiben nicht mehr das Monopol der Außenministerien. Sie werden in wachsendem Maß

- 6 -

durch die intergesellschaftlichen Beziehungen geprägt und liegen daher in den Händen praktisch aller Ressorts einer Regierung.

In der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fällt die Aufgabe des Motors der Europäischen Gemeinschaft zu. Die Gemeinschaft hatte sich im Konflikt zwischen Vertiefung und Erweiterung für letztere entschieden. Aber entgegen verbreiteten Sorgen hat sie damit weder den internen Integrationsprozeß preisgegeben, noch die belebende Wirkung auf andere Teile Europas eingebüßt. Mit dem europäischen Währungssystem von 1979, der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987, dem Projekt des Binnenmarktes bis zum Ende 1992 und dem Fahrplan für die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine nach innen und außen wirksame Dynamik entstanden. Sie hat auf das neue Denken im Osten eingewirkt und dient als Katalysator für die Wirtschaftsreformen im heutigen RGW-Bereich. Sie trennt nicht West und Ost, sondern führt in der Tendenz zusammen. Auf diesem Wege wächst das Gewicht Europas.

Gewiß täuscht sich niemand über die Fülle der ungelösten Probleme. Die Europäische Gemeinschaft ist auf dem Weg zu einer politischen Union, aber nicht zu einem Staat. Kompetenzen der Gemeinschaftsorgane sind in manchen Partnerländern unbeliebt, aber sie sind unumgänglich. Bei der Wirtschaftspolitik geht es ja nicht um die Frage, ob die nationalen Regierungen großmütig bereit sind, etwas von ihren bisher unantastbaren Rechten nach oben abzutreten, sondern darum, ob sie eine ihnen laufend und zunehmend entgleitende Einwirkung auf die sich selbst europäisierende Wirtschaft dadurch zurückgewinnen wollen, daß sie sie gemeinsam institutionalisieren. Wer Einfluß behalten oder neu gewinnen will, kann sich im eigenen Interesse nicht auf die Dauer abseits halten. Dies gilt zum Beispiel auch für die Frage des britischen Beitritts zum EWS; denn draußen zu bleiben, bedeutet am Ende für London nicht etwa, die eigene Handlungsfähigkeit zu schützen, sondern dort, wo es darauf ankommt, nicht mehr mitreden zu können.

Politische Handlungsfähigkeit erfordert Gleichberechtigung der Mitglieder mit Mehrheitsentscheidung. Sicherheitspolitik bleibt Sache der Verteidigungsbündnisse. Sie wird nicht zur Aufgabe der Gemeinschaft, in deren Hand sie Europa nur aufs neue spalten würde. Entscheidend für die weitere Wirkung der Europäischen Gemeinschaft nach innen und außen ist nicht staatsrechtlich perfektionierte Supranationalität, sondern gesellschaftspolitische Modernität. Dies erfordert - unter wachsender demokratischer Kontrolle und mit Hilfe einer unabhängigen Gerichtsbarkeit - Wettbewerb auf offenen Märkten für Waren, Dienstleistungen und Kapital, Freizügigkeit für die Menschen in größeren Lebensräumen bei einer allmählichen Annäherung sozial gerechter Chancen und Sicherheiten.

...

- 7 -

Die geschilderten Ziele mit ihrem Kern der vier Freiheiten ziehen keine unüberbrückbaren Gräben zwischen den Partnerländern der EG und der EFTA. Die Verhandlungen über ein multilaterales Rahmenabkommen sollen zu einem Binnenmarkt-ähnlichen großen europäischen Wirtschaftsraum führen. Über die Schwierigkeiten für die einzelnen Staaten aufgrund ihrer jeweiligen Verfassungen und Vorlieben brauche ich, zumal auf Schweizer Boden, nichts zu sagen. Aber wir werden auch in Zukunft erleben, daß es die Dynamik der überwölbenden Probleme und Märkte ist, die den wenig beneidenswerten Verhandlungsdelegationen untereinander und zu Hause weiterhelfen wird.

Für die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas kommen zunächst möglichst umfassende harmonisierte Handels- und Kooperationsverträge in Betracht. Wir gehen einer Koexistenz in ganz Europa entgegen, die, wie François Mitterrand sie zutreffend geschildert hat, den Charakter einer Konföderation der Mitgliedstaaten von EG, EFTA und RGW annehmen soll, und zwar mit wirtschaftlicher Finalität, aber auch mit politischem Inhalt. Entscheidend ist eine Entwicklung, die den Ländern des RGW eine positive Zukunftsperspektive liefert. Bedeutende bilaterale und vor allem gemeinsame westliche Hilfen und Arbeitsformen, darunter die Europäische Entwicklungsbank, werden den Weg zu ebnen helfen.

Im Zusammenhang mit einer solchen Entwicklung sehen wir Deutschen auch unsere eigenen Angelegenheiten. Zur Zeit leben wir in zwei Staaten, aber als ein Volk. Es ist die naturgegebene menschliche Empfindung, die uns verbindet. Beide Staaten haben den KSZE-Prozeß maßgeblich gefördert. Immer von neuem erfahren wir die Wechselwirkung deutscher und europäischer Ziele. Die deutsche Frage ist geographisch und politisch in der Mitte des gesamteuropäischen Prozesses angesiedelt. Ein isolierter Weg ist für uns Deutsche nicht gangbar. Wir haben mehr Nachbarn als alle anderen, unsere Geschichte war stets eine Wechselwirkung von uns auf diese Nachbarn und von ihnen zurück auf uns. Wir haben alle genug erlebt, um gelernt zu haben. Heute verstehen wir in Deutschland und Europa besser als früher, daß unsere Interessen letzten Endes zusammenlaufen. Das Ziel einer europäischen Friedensordnung gebietet es, daß wir Deutschen weder vorpreschen noch ausgeklammert werden. Dann können wir am besten ein Motor der gesamteuropäischen Entwicklung sein. Revolutionen pflegen ihr eigenes Tempo, ihre eigene Ungeduld hervorzubringen. Um so nötiger sind Besonnenheit, äußerste Disziplin im Denken und Handeln und stabilitätsorientierte Zusammenarbeit. Unter dem bewegenden Eindruck der großen geschichtlichen Chancen, die die Völker friedlich erstritten haben, ist eine Zeit der Bewährung für uns gekommen.

Bei diesen revolutionären Prozessen gehen der ideelle Drang nach Freiheit und der Wunsch nach materiellem Aufschwung bald ineinander über. Der Zeitbedarf für Wirtschaftsreformen ist oft größer als die Geduld. Die Hauptaufgabe lautet,

...

wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Es ist dies eine neue Runde in einem alten Konflikt. Dubcek hatte seine Forderungen aus der Zeit des Prager Frühlings nach einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz wiederbelebt. Die Realisten nennen es Utopie. Und die Völker, die sich soeben aus dem real existierenden Sozialismus befreien, haben heute für Utopien wenig Sinn. Nach ihrer Erfahrung hat der Marxismus als politisch ökonomisches System Schiffbruch erlitten. Niemand bestreitet mehr ernsthaft, daß die zentral verwaltete Kommandowirtschaft dem Marktsystem des Westens hoffnungslos unterlegen ist. Die Menschen suchen jetzt Teilhabe am Erfolg einer leistungsfähigen Wirtschaft. Sie wollen Mitglieder der Weltgesellschaft der Industrienationen werden, und diese sind marktwirtschaftlich organisiert. Daran werden die Reformpläne gemessen.

Damit ist jedoch noch nicht alles über die im Gang befindliche Auseinandersetzung gesagt. Der Sozialismus hat zwar zur Zeit keine Konjunktur. Aber ob er seine Funktion als Pendant zum Kapitalismus definitiv beendet hat, bleibt abzuwarten. Er hat Entscheidendes zur Kritik und damit zur Korrektur von Auswüchsen des lernfähigen Kapitalismus beigetragen. Mit dieser Rolle wäre es erst dann zu Ende, wenn es endgültig nichts mehr zu kritisieren und zu korrigieren gäbe. Wer aber will das im Ernst behaupten? Wir bleiben auf nüchterne Einsichten in Stärken und Schwächen des Marktes dringend angewiesen.

Seine überlegene Effizienz liegt auf der Hand. Der Markt befriedigt die Nachfrage nach Gütern, und die Menschen entscheiden über ihren Bedarf selbst; er wird ihnen nicht befohlen. Als wählende Bürger im demokratischen Staat sorgen sie außerdem dafür, daß die Marktwirtschaft sozial nachreguliert wird. Dies führt zu mehr oder weniger großen Sozialquoten. In der Bundesrepublik Deutschland umfassen die Sozialausgaben heute rund dreißig Prozent des Sozialproduktes. Wir sprechen von sozialer Marktwirtschaft. Die Schweden nennen ihren noch weiter ausgebauten Sozialstaat das System eines sozial gezähmten Kapitalismus. Diese verschieden ausgestalteten, aber demselben Prinzip folgenden Modelle dürften keinen geringen Einfluß auf die laufenden Reformprojekte in Europa haben.

Der Markt darf dennoch niemals seine Offenheit preisgeben, um Schäden zu vermeiden oder nachzuregulieren, die mit seiner Arbeitsweise verbunden sind. Das wichtigste Beispiel ist die existenzbedrohende Gefährdung der Natur. Keine Marktwirtschaft wird von dauerhaftem Bestand sein, die die verantwortliche ökologische Rücksichtnahme nicht zum Bestandteil ihres eigenen Mechanismus zu machen weiß. Die Widerstände auf diesem Weg sind groß, aber es gibt keine Alternative.

Wie der Umweltschutz so wirken sich auch andere Entwicklungen weltweit immer nachdrücklicher aus, ohne daß die Marktwirtschaft bisher angemessen darauf reagiert. In diesem Jahrhundert

schaft bisher angemessen darauf reagiert. In diesem Jahrhundert vervierfacht sich die Bevölkerung unserer Erde, und die Folgen für Nahrungsmittelbedarf, Energieversorgung, Treibhauseffekt und nicht zuletzt für das uns hier noch unvorstellbare Flüchtlingselend werden bald überall spürbar sein. Neue wirtschaftliche Notstände und Bedürfnisse entstehen, und die Technik beschleunigt die Globalisierung der Lebensverhältnisse. Aber soweit die Märkte dank der Telekommunikation bisher weltweit hervorragend arbeiten, widmen sie sich mit Vorliebe anderen Aufgaben, zum Beispiel im täglichen 24-Stunden-Betrieb dem Umsatz von Währungen, Wertpapieren, Beteiligungen und Geldgeschäften aller Art. Die Masse der Weltbevölkerung steht dabei bestenfalls als unbeteiligter Zuschauer am Rand. Soweit die Bewegungen auf diesen Märkten Währungskurse und Zinssätze treiben, sind die Auswirkungen auf die ohnehin schon kaum erträgliche Schuldenlast vieler südlicher Länder mitunter verheerend.

Schließlich gibt es fatale Folgen von Bedarfsgewohnheiten der Konsumenten auf unseren eigenen Märkten. Schlimmstes Beispiel ist der unaufhörlich steigende zerstörerische Drogenverbrauch, hinter dem sich von der Produktion bis zur Geldwäsche der Erlöse die gigantischsten kapitalistischen Interessen aufgebaut haben. Ein anderes, wenn auch schwerer meßbares Beispiel ist das nach Absatzchancen und Einschaltquoten marktmäßig orientierte Medien- und Videoangebot, das den Einfluß anderweitig beschäftigter Eltern auf die Jugend ersetzt. Die Folgen, zumal in industriellen Ballungsgebieten, sind in wachsendem Maße alarmierend.

Nun sagt man, daß mit solchen Beispielen eine Kritik an die Adresse nicht des Marktes, sondern der menschlichen Natur verbunden sei. Nicht der Markt verderbe Geschmack oder Widerstandskraft der Menschen. Und selbst wenn die Werbung die menschlichen Schwächen auf suggestive Weise ausnutze, so sei es immer noch das geringere Übel, sich mit offenen Grenzen einer Welt der Verführungen auszusetzen, als sich einem platonischen Erziehungsstaat anzuvertrauen, der doch nur in totalitärer Abgeschlossenheit enden könne.

Lösungen solcher Konflikte habe ich nicht anzubieten. Ich gebe nur zu bedenken, daß wir uns in der augenblicklichen europäischen Ost-West-Öffnung und Diskussion über Wirtschaftsreformen nicht allzu rasch und beruhigt zurücklehnen sollten, weil ja alles Wesentliche geklärt sei. Es scheint zwar heute so, als wäre nun wirklich Triumphieren am Platz. Das falsche Wirtschaftssystem hat politischen Konkurs angemeldet, der Markt ist Sieger, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis er sich überall durchgesetzt hat. In Wahrheit aber steht unsere Lernfähigkeit inmitten schwerer Proben. Sie ergeben sich aus den Folgen unserer wissenschaftlichen und technischen Fortschritte, aus den Auswüchsen unserer Gewohnheiten und vor allem aus dem Druck der globalen Probleme. Interessant ist nicht eine

Klärung, ob der Markt daran Schuld hat. Wichtig ist vielmehr, ob er, wenn er nun schon das effektivste System ist, welches die Menschheit zur Befriedigung von Bedürfnissen entwickelt hat, besser als bisher seine Brauchbarkeit für die neuen Aufgaben erweist.

Utopien sind Ausdruck von Hoffnungen auf Änderung von Zuständen, die man als unerträglich empfindet. Realisten tun ein gutes Werk, wenn sie die Weltfremdheit von Utopien dort aufdecken, wo diese im Zeichen idealer Ziele zur real existierenden Freiheitsberaubung degenerieren. Es wäre aber ein kümmerlicher Realismus, der die Augen vor der nüchternen Einsicht verschlösse, daß wir Menschen immer wieder neue unerträgliche Zustände auf der Welt hervorbringen. Diese Verhältnisse rufen neue Gegenkräfte und Hoffnungen auf den Plan. Der Realist sollte sie nicht als Utopien abtun, sondern als notwendige Korrekturen nutzen. Man hat den Sozialismus als feindlichen Zwillingsbruder des Kapitalismus bezeichnet. Warum sollte der Realist nicht im Utopisten seinen wahren Helfer erkennen? Endgültig ausschalten wird doch keiner den anderen.

Wir in Europa leben heute in einer Zeit des Umbruchs, wie die Geschichte ihn nicht oft bietet. Die Frage ist, ob wir uns mit kleinen Siegesfeiern des westlichen Lebensmodells begnügen oder ob wir zusammen mit den geistigen Impulsen der Freiheitsbewegungen unserer Tage Ansätze finden, die uns weiterführen.

Der Kalte Krieg absorbierte die Energien Europas einseitig. Ja, wir übertrugen unsere Ost-West-Spannungen auf leidvolle Weise nur allzuoft in andere Regionen der Welt. Heute geht in unseren Nachbarkontinenten die Sorge um, wir würden unsere geistigen und materiellen Ressourcen wiederum auf Europa beschränken, und zwar diesmal, um hier die Reformprozesse und das Zusammenwachsen zwischen Ost und West zu fördern.

Daß wir die Teilung Europas überwinden wollen, daß dies vor allem die Völker aus dem Bereich des Warschauer Pakts anstreben, liegt auf der Hand. Die Frage ist, ob wir dabei die Perspektiven entwickeln können, die wir brauchen, um unser Potential nicht nur zu Hause, sondern auch zur Bewältigung der globalen Probleme verantwortlich einzusetzen. Die Erwartungen der Welt sind gewaltig, und wir würden unsere eigenen Interessen schlecht verstehen, wenn es uns gleichgültig wäre, ob wir sie enttäuschen. In Wahrheit ist die zügige Bündelung unserer Kräfte kein Hindernis, sondern Bedingung für die interkontinentalen Beiträge, die mit Recht von uns gefordert werden.

Unsere Zusammengehörigkeit in Europa ist oft beschrieben worden. Sie besteht aus mehr als einer Einheit in ihrer Vielfalt, und sie geht über die Notwendigkeit gegenseitiger Achtung der heimatlichen Unterschiede weit hinaus. Allen regional verschiedenen Ausprägungen zum Trotz gehören wir einer Kultur mit gemeinsamen religiösen und philosophischen Quellen an, und

ihre geistigen, moralischen und politischen Impulse sind bis auf den heutigen Tag wirksam. Ein Rückblick auf ihre Entwicklung ist manchmal eine Hilfe für den Ausblick auf unsere heutige Befähigung.

Schlüsselbegriff der griechischen Antike wurde die Arete, die Tugend. Sie gehört bei Homer zum Bild einer Persönlichkeit, die bestrebt ist, der Beste zu sein und sich durch Tapferkeit und Stärke vor anderen auszuzeichnen. In Platons Symposion begegnen wir seinen vier zentralen Tugenden: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß. Bei ihm wird Arete zur sittlichen Vollkommenheit. Der griechische Tugendbegriff bleibt aber dabei, die Züge der Tüchtigkeit des starken Menschen zu beschreiben. Der Adressat dieser Tüchtigkeit wird ausgespart. Mäßigung gegenüber dem Besiegten ist notwendig, jedoch nicht um des Besiegten willen, sondern weil Maßlosigkeit zur Verblendung und damit ins eigene Unheil führt.

Im Christentum geht es zentral um den Adressaten. "Was ihr dem geringsten unter meinen Brüdern getan habt, das habt ihr mir getan." Es gilt, sich gegenüber dem Schwächeren zu bewähren. Zum Können der Antike tritt das Sollen im Christentum. Tugenden, wenn man sie hier so nennen darf, verpflichten uns im Glauben auf die Liebe. Wir genügen dieser Pflicht nicht im Gesetzesgehorsam, sondern nur in der Liebe. So gesellen sich zu den klassischen Tugenden die biblischen hinzu: Glaube, Hoffnung, Liebe.

Antike und Christentum miteinander zu verknüpfen, blieb eine zentrale Aufgabe der mittelalterlichen Theologie. Nietzsche karikierte später ihre Ergebnisse als "Platonismus von unten": Die Schwachen haben den Vorteil davon, wenn die Tüchtigen tugendhaft, und das heißt eben, tüchtig sind. Man glaubt, einer Diskussion zeitgenössischer angelsächsischer Steuerpolitik zu lauschen. Je besser es den Tüchtigen (steuerlich!) geht, desto sicherer werden ihre Töpfe zum Wohle aller, also auch der Armen, überlaufen.

Zuvor aber hatte Rousseau das Mitleid als eigene Tugend beschrieben. Es hat zur Voraussetzung die Überzeugung vom gleichen Anspruch aller Menschen auf Glück, der wir schon anfangs begegnet sind. Sie hat zur Formulierung der Menschenrechte geführt. Die Folge ist der Anspruch auf einen Nachweis dafür, in welcher Weise Tüchtigkeit, Stärke und Erfolg verwendet werden und ob sie sozial hilfreich oder schädlich sind.

Es ist der Gedanke der Subsidiarität, der am ehesten geeignet ist, antiken und christlichen Geist miteinander zu verbinden. Dem Menschen soll dazu verholphen werden, daß er sich selbst helfen kann und nicht im Zustande des Empfängers von Unterstützung oder gar Almosen verharren muß. Es ist der Weg zur Eigenständigkeit, die auf Hilfe vertrauen läßt, wenn es ohne sie nicht geht, ohne in ständige Abhängigkeit von berechenbaren Subventionen und Alimenta zu geraten. Im Prinzip ist es die-

selbe Aufgabe im Verhältnis von Mensch zu Mensch, unter den Gruppen in einer Gesellschaft und zwischen den Völkern.

Sie hilft, die Exzesse im ständigen Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit zu überwinden. Sie macht vom Können und vom Sollen Gebrauch. Damit stellt sie sich auch dem Modernisierungsdruck unserer Zeit, ohne die Orientierung an unserem Menschenbild preiszugeben.

Unsere Vielfalt auf relativ engem Raum wird immer weniger ein Hindernis. Es bildet sich ein gemeinsamer Markt, der über das Wirtschaftliche hinausgeht. In unseren zahlreichen Sprachen haben wir lange dieselben Begriffe mit unterschiedlichen Inhalten verbunden; heute vereinigen sie sich mit dem, was sie ausdrücken sollen: Freiheit, Demokratie, Recht, Öffentlichkeit, Frieden. Die Bindung der Politik an Bürger- und Menschenrechte entstammt unserer Kultur und macht meßbare Fortschritte. Moderne Naturwissenschaft und Technik sind bei uns entstanden. Sie haben sich von hier aus in der Welt ausgebreitet und weiterentwickelt. Nun wirken sie mit ihren Leistungen und ihren neuen ungelösten Defiziten als Herausforderung auf uns zurück. Entscheidend ist auch hier, wie in der Spannung von Kapitalismus und Sozialismus, die Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernen. Wir haben zu erproben, was wir gemeinsam zustande bringen. Dabei haben wir zu erkennen, was wir dürfen, und zu lernen, das zu beherrschen, was wir können. Gegen Ende dieses für Europa insgesamt schweren Jahrhunderts haben wir eine neue, große Chance zu zeigen, daß die Lehren nicht ganz umsonst waren. Viel Europäisches ist global wirksam, und die Erwartungen, denen wir in aller Welt begegnen, sind für uns kein schlechtes Zeichen.

Der Ausblick auf die gemeinsame Zukunft weitet sich, und dafür lohnt es, sich der Quellen gemeinsamer Herkunft bewußt zu sein. Dies hat auch die Beschäftigung mit den Tugenden hervorgebracht. Meine liebenswürdigen Gastgeber hatten mir einen anderen Titel nahegelegt. Aber für ihre Anregung fehlte mir das beneidenswert ungebrochene und unschuldige Selbstbewußtsein des französischen Geistes. Er hätte nach ihrem Vorschlag viel graziöser und gloriöser gelautet, nämlich: "Le génie de l'Europe". Vielleicht wird die Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich dafür demnächst einen Franzosen einladen: Europäische Einheit in ihrer Vielfalt auf dem Weg in's nächste Jahrhundert.